

13. November 2019

Schriftliche Anfrage

von Derek Richter (SVP)
und Stephan Iten (SVP)

Am Mittwoch, 6. November 2019 hat die Unabhängigkeitspartei up! zusammen mit weiteren freiheitlichen Organisationen ein Referat von Axel Kaiser von der «Stiftung für den Fortschritt» aus Chile organisiert. Die Veranstaltung fand im soziokulturellen Zentrum «Karl der Grosse» im Zürcher Niederdorf statt, welches sich im Besitz der Stadt Zürich befindet.

Aufgrund der Aussage und Medienmitteilung von up! wurde die oben genannte Diskussionsveranstaltung von aggressiv auftretenden und vermummten Personen gestört und es sollen der Referent sowie einzelne Zuschauerinnen und Zuschauer tätlich angegriffen worden sein, was eine Alarmierung und einen Einsatz der Stadtpolizei Zürich nach sich zog. Des Weiteren sollen «Sprengkörper» von Seiten der Chaoten eingesetzt worden sein.

Gemäss eigenen Angaben der Betreiberinnen und Betreiber dieser soziokulturellen Institution, welche unter dem Motto: «Dein Karl, deine Bühne» Räume an verschiedene Organisationen vermietet, soll sich das «Karl der Grosse» als «Debattierhaus» verstehen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Werden aufgrund des Einsatzes von «Sprengkörpern» in geschlossenen Räumen weitere Stellen ausserhalb der Stadtpolizei in die Untersuchung eingezogen? Wenn ja, welche?
2. Welche Aufwände sind von Seiten der Stadtpolizei bei diesem Einsatz zu verbuchen?
3. Welche finanzielle Auswirkung zieht diese gewalttätige Störaktion für die oben genannte Partei und/oder die weiteren freiheitlichen Organisationen und/oder das soziokulturellen Zentrum «Karl der Grosse» nach sich?
4. Wie viele Personen wurden folglich kontrolliert, erkennungsdienstlich behandelt, in Gewahrsam genommen und in der Folge angeklagt?
5. Dieser Vorfall soll Einzug in Chilenische Medien gefunden haben. Wie will der Stadtrat den Reputationsschaden abwenden und/oder so gering als möglich halten?
6. Wie stellt der Stadtrat künftig sicher, dass im «Karl der Grosse» sowie in der restlichen Stadt Zürich die verfassungsmässig geschützte Meinungsfreiheit wieder sichergestellt werden kann?



